Sollte sich später ergeben, daß die Bemühungen der konfessionellen Schulvorstände von Erfolg sind und die Beibehaltung der Konfessionsschulen gesetzlich geregelt wird, so würde es ein Leichtes sein, den früheren Zustand wieder herzustellen, während das umgekehrte Verfahren erhebliche Schwierigkeiten machen würde.

Der Rat bittet daher, hiervon Kenntnis und eventuell in Kauf zu nehmen, daß die katholischen Kinder eine Zeitlang in der Einheitsschule beschult bleiben.

Ebenso wird die Einweisung des Herrn Kantors P. Haase in das Lehrerkollegium der Einheitsschule vom Beginn des neuen Schuljahres an erfolgen. Wie hier bekannt geworden ist, ist Ihre zweite Lehrkraft nach auswärts gewählt worden. Mit Rücksicht auf das Obengesagte würde daher von einer Ersatzwahl bis nach Klärung der Verhältnisse abzusehen sein.

Der Rat der Stadt.
Dr. Krug, Bürgermeister.

Unterdessen war ein neuer Hilfslehrer an Stelle des nach auswärts gewählten beantragt worden.

Sitzungsprotokoll des katholischen Schulvorstandes am 25. April 1919.

Punkt 2. Der Schulvorstand sieht sich außerstande, den Weiterbestand der katholischen Schule nach den Bestimmungen des Kultusministeriums vom 12. 12. 18 zu gewährleisten und beschließt daher, der Forderung des Rates der Stadt, die katholischen Kinder der Einheitsschule und die zwei Lehrer dem Kollegium derselben von Ostern 1919 ab einzugliedern, nachzukommen.

V. d. n. Haase, Schriftführer. Härig, Vorsitzender.

So werden die Katholiken Annabergs also am kommenden Montag ihre Kinder zum letzten Male in den alten ehrwürdigen Räumen versammeln, in denen seit 70 Jahren so viele braven und christlichen Lehrer zur Ehre Gottes und zum Heile der Jugend unterrichteten. Man muß sagen, die Einheitsschule ist eine wahre Einheizschule. Sie heizt der positiven Religion gehörig ein, und wird alsbald ihren Zweck, die Kinder mit sozialdemokratischen Ideen zu erfüllen, ins Werk setzen. Qui habitat in coelis irridebit eos! Der alte Gott lebt noch! Das haben die Katholiken nicht verdient, daß man sie für alle Mühen und schweren Opfer des Krieges auch noch in dieser Weise malträtiert! Das ist der Dank des Vaterlandes! In den beiden ersten Schuljahren müssen die katholischen Kinder mit am ev.-luth. Religionsunterrichte Anteil nehmen. Dann erst erhalten sie von den zwei katholischen Lehrern zwei Stunden biblische Geschichte wöchentlich. Es soll nämlich, so ist in Weimar beschlossen worden, auch in Zukunft die Religion in der Volksschule nach den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt werden! Jedoch das geniert große Geister nicht. Was in Weimar beschlossen wird, ist für Dresden gleichgültig. Hauptsache ist, daß man der Religion gehörig das Wasser abgräbt.

## An die Zentrumswähler!

Die Feinde haben dem deutschen Volk den Entwurf eines Friedensvertrages vorgelegt. Grausam und hart über alle Maßen, bedeutet er Verarmung, langdauernde Versklavung und nationale Zerreißung.

Unerträglich sind die Gebietsforderungen, die in Ost und West altes und unzweifelhaft deutsches Land aus unserem nationalen Verbande lösen, die uns unsere Kolonien rauben und uns durch langdauernde Besetzung deutscher Gebiete bedrücken und quälen sollen!

Unerfüllbar sind die finanziellen Ansprüche, die uns unser Vermögen und die Quelle des Vermögens zugleich rauben!

Unerträglich sind die wirtschaftlichen Bedrückungen, die uns arbeitslos und arbeitsunfähig machen!

Unerfüllbar sind die politischen Forderungen, die uns zum Voraus fesseln, lähmen und dauernd entrechten!

Unerträglich sind diese Forderungen für unsere nationale Ehre, unerfüllbar für unseren wirtschaftlichen Kredit!

Wir beharren in heiligem Ernste auf dem Frieden der Versöhnung und der Gerechtigkeit und fordern ihn aufs neue vor aller Welt und vor dem Weltgewissen!

Es liegen rechtsgültige und beide Teile bindende Verträge vor als Grundlage des Waffenstillstandes und künftigen Friedens; sie sind einseitig gebrochen durch diese Friedensvorschläge!

**Gegen diesen Wortbruch erheben wir feierlichst Verwahrung!**

Wir fordern eine neue Grundlage, auf der in Wahrheit ein Friede der Versöhnung und der Gerechtigkeit aufgebaut wird. Nachdrücklich geführte Verhandlungen müssen streben, dieses Ziel zu erreichen. Dazu bedarf es der Einigkeit des ganzen Volkes!

Wir bitten unsere Wähler, im Bewußtsein der Gerechtigkeit unserer Sache und im Vertrauen auf die in der Zentrumsfraktion erwählten Träger ihres Willens, in besonnener Ruhe die Reihen zu schließen. Versammelt euch allenthalben zu feierlichen Kundgebungen um eure Führer in Dorf und Stadt, während eure Abgeordneten in schwerer Stunde Rat pflegen um die Not des Vaterlandes.

Laßt im ganzen Lande die Aufklärung sich ausbreiten, was auf dem Spiele steht, damit die Kraft wachse an der Schwere der Aufgabe!

Berlin, 10. Mai 1919.

**Der Vorstand und die Mitglieder der Zentrumsfraktion in der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung.**
Gröber, Trimborn, Dr. Mayer (Schwaben), Becker (Arnsberg).

## Kundgebungen in Schlesien.

**Breslau**, 11. Mai. Der Provinziallandtag und der Provinzialausschuß von Schlesien haben eine Kundgebung an die Regierungen und die Parlamente gerichtet, in der sie die Empörung ganz Schlesiens über die Friedensbedingungen aussprechen, die auf unabsehbare Zeit den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch, gänzliche Rechtlosigkeit und Lohnsklaverei des deutschen Volkes bedeutet. Die geforderten Leistungen seien unerträglich und undurchführbar. Die Ablieferung eines großen Teiles unseres dezimierten Viehbestandes würde Tausende von Elenden, Kranken, Kindern und Säuglingen zu Siechtum und Hungertod verurteilen. Die Zerstückelung von Schlesien mit der Wegnahme von oberschlesischer Kohle und Stickstoff würde Schlesiens Industrie und Landwirtschaft vernichten. Die Unterzeichner fordern, daß die Regierung diesem Vertrag des Selbstmordes und Unterganges nicht zustimme. An die Zentrumswähler! (Cic.)

**Oppeln**, 10. Mai. Heute fand eine gewaltige Protestkundgebung gegen die Lostrennung Oberschlesiens statt. Alle Parteien und Konfessionen nahmen einmütig daran teil. Die Geschäfte und Betriebe hatten geschlossen. Etwa 15 000 Teilnehmer zogen zum Großen Platz, wo vier Redner gegen die Lostrennung sprachen. Folgender Protest wurde an die Reichsregierung und an die Friedensdelegation gesandt: Einmütig erhebt die Einwohnerschaft von Oppeln und Umgegend flammenden Protest gegen die Verschacherung der Heimat. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie einen derartigen Frieden, der uraltes deutsches Gebiet preisgibt, auf keinen Fall unterzeichnet. Brüder und Schwestern im Deutschen Reich, helft uns in unserer heiligen Not! Vereint eure Stimme mit uns! Oberschlesien muß deutsch bleiben. Wir sind entschlossen, im äußersten Falle zur Selbsthilfe zu schreiten.

## Clemenceaus Antworten.

**Versailles**, 11. Mai. Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet: Herr Vorsitzender! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, welche die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Text der Friedensbedingungen enthält. In Beantwortung dieser Mitteilung möchten sie die deutsche Delegation daran erinnern, daß sie sich bei der Festsetzung der Vertragsbestimmungen ständig von den Grundsätzen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterungen ihres Rechtes zulassen, die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, so wie sie sie festgesetzt haben, aufrechtzuerhalten. Sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben. Genehmigen Sie usw.

Offiziös wird dazu gesagt: Die Antwort enthält, obwohl sie formell jede grundsätzliche Erörterung des Friedensentwurfes abzulehnen scheint, tatsächlich eine erneute Festlegung auf die Vereinbarung vom 5. 10. und 5. 11. des vorigen Jahres. Außerdem legte sie praktische Vorschläge zu Verhandlungen über die einzelnen Kapitel des Friedensentwurfes nahe. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Gegner am 10. Mai eine größere Anzahl von Druckexemplaren unserer Vorschläge zum Völkerbund und zum Arbeiterrecht erhalten haben.

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet: Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfes eines Völkerbundes zu bestätigen. Der Entwurf wird der zuständigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermittelt werden. Die deutschen Delegierten werden durch eine neue Prüfung der Völkerbundssatzungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesen Bund nicht übersehen, sondern ausdrücklich im zweiten Absatz des ersten Artikels vorgesehen ist. Genehmigen Sie usw.

Der offiziöse Standpunkt ist: Diese Antwort umgeht den Kernpunkt unserer Frage, der sich darauf bezog, daß Deutschland eine Bundessatzung als Teil des Gesamtvertrages unterzeichnen soll, obwohl es weder als ursprüngliches noch als eingeladenes Mitglied dem Bunde angehört. In Ausführung der in der ersten Antwort enthaltenen Aufforderung werden heute praktische Fragen und Bemerkungen übergeben werden, die auf die territorialen Abtretungen Bezug haben.

## Tagesmeldungen.

**Die Erregung in Ostpreußen.**

Die Erregung in der Stadt Königsberg und der Provinz Ostpreußen ist aufs höchsten gestiegen. Man fordert Bewaffnung Ostpreußens. Auch in Danzig erging der Ruf zu den Waffen.

**Für das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreichs.**

In Wien fanden gestern stürmische Kundgebungen für den Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes und für das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreichs statt.

**„Im Namen der Entente."**

Einen interessanten Beleg dafür, wie sich die Entente die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs denkt, bietet die Meldung der „Wiener Mittagspost" von vertrauenswürdiger Seite, daß der Chef der hiesigen französischen Mission der Entente einen Vorschlag über eine gemischte Kommission unterbreitete behufs Regelung aller wirtschaftlichen und finanziellen Fragen unter den Sukzessionsstaaten. Den Vorsitz in der Kommission würde ein hoher französischer oder amerikanischer Verwaltungsoffizier führen. Vorerst soll der Versuch einer gütlichen Lösung gemacht werden. Erst nach Mißlingen wäre der Kommissionsvorsitzende berechtigt, die Regelung im Namen der Entente zu befehlen!

**„Ungelegen."**

Der „Deutschen Allgem. Ztg." wird aus Versailles berichtet: In der französischen Presse ist größer als die Angst vor den zu günstigen Bedingungen die Furcht vor den jetzt kommenden Wochen. Die Tatsache, daß Deutschland von der Frist zur Einreichung der Gegenvorschläge Gebrauch machen wird, kommt der öffentlichen Meinung ungelegen.

Wie der „Voss. Ztg." aus Versailles berichtet wird, haben die Kräfte der diplomatischen deutschen Abordnung eine Vermehrung erfahren. Graf Oberndorff bleibt dort zur Verfügung. Neu angekommen sei dort ferner Legationsrat Schubert, früher an der Berner Gesandtschaft. Dann heißt es noch, eine längere Dauer der Verhandlungen scheine in Sicht. Auch der Ententepresse erscheine sie unvermeidbar.

**Die Frage der Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen.**

**Versailles**, 10. Mai. Graf Brockdorff-Rantzau bestätigte heute in einer Note an den Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau den der deutschen Friedensdelegation übergebenen Vertragsentwurf bezüglich der Heimsendung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und ersuchte, die Einzelheiten über diese Frage an eine besondere Kommission zu überweisen. Wegen der großen Schwierigkeiten der technischen Durchführung der Heimsendung der Kriegs- und des Kohlenfuhrung der Heimsendung der Kriegs- und Zivilgefangenen und des Kohlenmangels müsse größter Wert darauf gelegt werden, daß alle Vorfragen bis zum endgültigen Beginn des Abtransportes bereits geklärt seien. Die deutsche Friedensdelegation schlage daher vor, die kommissarischen Beratungen über Kriegs- und Zivilgefangene bereits jetzt getrennt von dem übrigen Fragenkomplex beginnen zu lassen. — In einer weiteren Note übergab Graf Brockdorff den von der deutschen Regierung aufgestellten Entwurf eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht, der über die im Abschnitt 13 des Entwurfes aufgestellten Forderungen hinausgeht und der in Deutschland in anerkannt vorbildlicher Weise mit Hilfe der Arbeiterschaft zumeist schon durchgeführt ist. Zur Mitwirkung an der Gestaltung dieser Bestimmungen sei es notwendig, noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorganisationen der Arbeitergewerkschaften aller vertragsschließenden Länder zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen.

**Berlin**, 11. Mai. In einer Note vom 21. 4. waren die Alliierten ersucht worden, schon jetzt ihre Zustimmung zu Vorbereitungen für eine reibungslose Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen zu geben. Deutscherseits war vorgeschlagen worden, Unterkommissionen für die Kriegsgefangenen sogleich in eine Besprechung der Frage eintreten zu lassen. Daraufhin hatten die Amerikaner am 30. April mitgeteilt, daß zum Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand bereits alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen seien. Die deutsche Regierung brauche, wenn der Zeitpunkt der Heimbeförderung gekommen sei, nur den Bestimmungsort anzugeben. In der Sitzung vom 10. Mai erklärte General Nudant, die Frage der Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen sei zurzeit noch nicht so weit geklärt, daß innerhalb von Unterkommissionen oder von Einzelpersonen gesprochen werden könnte. Nudant ersuchte die diesbezüglich vom Major Pabst v. Ohain angeregten Schritte zurückzustellen und den Bescheid des Marschalls Foch, der in Bälde zu erwarten sei, abzuwarten. Erst dann könne eine Basis für ein gemeinsames Zusammenarbeiten gefunden werden.

**Die Stellung der englischen Arbeiterschaft.**

**Amsterdam.** Dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" zufolge heißt es in dem Manifest, das der nationale Vorstand der englischen Arbeiterpartei veröffentlicht: Der nationale Vorstand der Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß die veröffentlichte Zusammenfassung des Friedensvertrages in einigen wichtigen Punkten mit den Erklärungen Wilsons auf der Konferenz der Verbündeten und der Berner Konferenz nicht übereinstimmt. Der allgemeine Geist des Vertrages steht mit der Auffassung, die der Arbeiterstand vom Frieden der Gerechtigkeit und des Rechtes hat, nicht in Einklang. Wir können eine Verantwortung für die Verletzung der Grundsätze nicht auf uns nehmen, die bei der Regierung getroffen wurden, und setzen daher unsere Erwartung in das Volk und die Kraft der organisierten Demokratien. Daß Deutschland Wiederherstellung leistet und Vergütung für den Schaden, den es zu Lande, zu Wasser und in der Luft, dem Leben und Eigentum von Zivilpersonen zugefügt hat, bezahlen muß, kann nicht angezweifelt werden. Wir sind jedoch der Meinung, daß Deutschland in der Kommission, die sich mit der Frage der Wiedergutmachung befaßt, vertreten und daß bei dem Gesamtbetrag der Wiedergutmachung, den es bezahlen muß, seiner Verpflichtung, der Not seiner eigenen Bevölkerung entgegenzutreten, Rechnung getragen werden muß. Wir protestieren gegen jeden Versuch, das Saargebiet für immer vom Deutschen Reiche zu trennen. Damit die Forderungen Frankreichs auf die Provinzen eine feste Grundlage erhalten, hoffen wir, daß Frankreich seine Einwilligung erteilt, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens über ihr Schicksal entscheidet und daß unter Aufsicht des Völkerbundes in Malmedy und den anderen zwischen Belgien und Deutschland strittigen Gebieten eine Volksabstimmung stattfinden wird. Wir begrüßen die Anwendung einer Volksabstimmung in den südlichen und östlichen Bezirken von Ostpreußen, bedauern jedoch, daß dieser Grundsatz bei der Bestimmung der